

Bruno Wilhelm Speck

## Korruption und Korruptionsbekämpfung

### 1. Ein Rückblick auf Korruptionsskandale seit 1985

Korruption ist zu einem wichtigen Thema auf der politischen Tagesordnung geworden, in Brasilien und weltweit. Eine der ersten Fragen, die sich aufdrängt, ist, ob diese verstärkte Aufmerksamkeit auf eine größere Korruptionshäufigkeit in der Praxis oder auf Veränderungen in der Werteskala zurückzuführen ist. Hat die Korruption zugenommen oder sehen Politik und Öffentlichkeit mit kritischerem Blick auf Altbekanntes? Auf diese einfache Frage gibt es trotz eines gewissen Interesses der Wissenschaft für das Thema bisher kaum schlüssige Antworten. Obgleich das Vorurteil, Korruption sei nicht zu messen, durch zahlreiche empirische Erhebungen widerlegt wurde, liegen für die meisten Länder systematische Zahlenreihen zur Korruption und zur Korruptionswahrnehmung nicht vor.

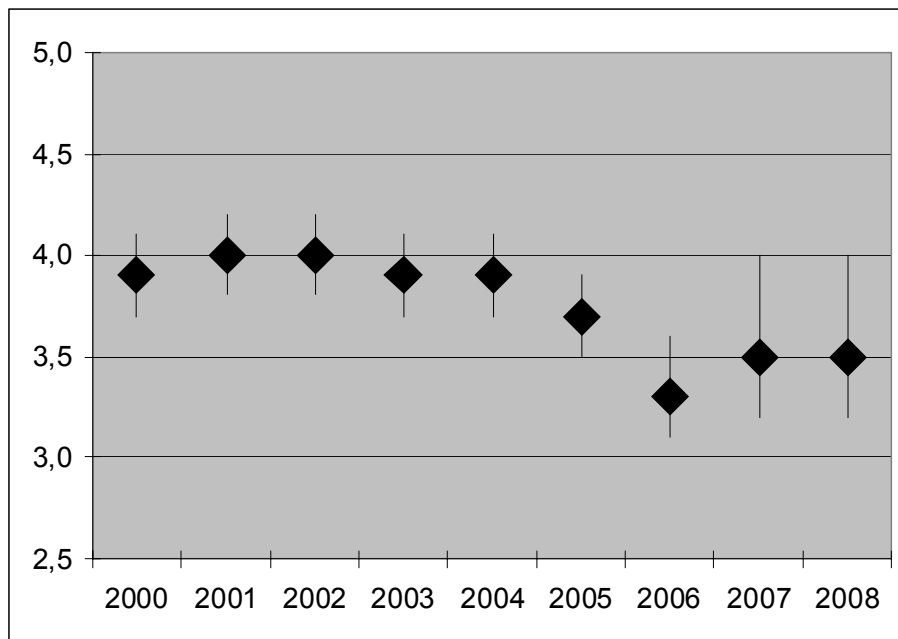
Die gängigste Korruptionsdefinition basiert auf der Formulierung "Missbrauch öffentlicher Ämter zu privaten Zwecken" (World Bank 1997). In dieser Umschreibung ist Bestechung, aber auch Vetternwirtschaft und Unterschlagung inbegriffen. Auch der Machtmissbrauch zu politischen Vorteilen, beispielsweise die Annahme von Parteispenden als Gegenleistung für Vorteilsgewährung oder der Missbrauch öffentlicher Ressourcen im Wahlkampf, für die letztlich der Steuerzahler aufzukommen hat, ist der Korruption zuzurechnen. Der wohl bekannteste Versuch, Korruption zu *messen*, ist der seit 1995 jährlich von Transparency International in Zusammenarbeit mit der Universität Passau veröffentlichte *Corruption Perceptions Index* (CPI).<sup>1</sup> Er basiert auf der Einschätzung von gut informierten Personen aus Wirtschaftskreisen über die Korruptionshäufigkeit in verschiedenen Ländern. Die Ergebnisse des CPI für Brasilien sind, zieht man die Fehlermarge mit in Betracht, für die letzte Dekade relativ konstant (Grafik 1). Im lateinamerikanischen Kontext bewegt sich Brasilien im Mittelfeld, vergleichbar mit Ar-

---

1 Verantwortlich für den methodischen Teil ist der Ökonom Johann Graf Lambsdorff, während die öffentlichkeitswirksame Verbreitung bei Transparency International liegt. Die Daten sind verfügbar unter [http://www.transparency.org/policy\\_research/surveys\\_indices/cpi](http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi) (25.06.2009).

gentinien, Kolumbien, Mexiko und Peru. Deutlich schlechter schneiden Paraguay und Venezuela ab. Chile, Uruguay und Costa Rica haben hingegen weit bessere Noten (Tabelle 1).

**Grafik 1: Die Entwicklung des Korruptionsperzeptionsindex in Brasilien**



Da es sich beim CPI um eine Mischung aus Wahrnehmung und Realitätskenntnis von Informanten aus Wirtschaftskreisen handelt, kann mit diesen Zahlen die Eingangsfrage nach der Korruptionshäufigkeit allerdings nicht schlüssig beantwortet werden. Ein Blick in die Medien zeigt aber, dass die Korruptionsskandale in Brasilien zugenommen haben. Der Grund liegt vor allem in einer stärkeren Sensibilisierung der brasilianischen politischen Öffentlichkeit für dieses Thema. Stand in der Vergangenheit der Satz vom "Rouba, mas faz"<sup>2</sup> durchaus noch für eine positive Bewertung eines Politikers, so stößt der Amtsmissbrauch heute kaum mehr auf dieselbe wohlwollende Bewertung. Der Korruptionsvorwurf ist heute zu einem der unmittelbarsten Risiken für das politische Überleben von Amtsinhabern geworden.

<sup>2</sup> "Er bereichert sich, aber er leistet auch etwas" wäre die freie Übersetzung.

Die Impulse für diesen Wandel kommen von drei Seiten. Im Zuge der politischen Meinungsfreiheit haben vor allem die Printmedien in Brasilien der Skandalberichterstattung breiten Raum gewidmet.

**Tabelle 1: Korruptionsperzeption in Brasilien  
im lateinamerikanischen Vergleich**

|                         | <b>CPI<br/>2008</b> | <b>Mittelwert CPI<br/>1998-2007</b> |
|-------------------------|---------------------|-------------------------------------|
| Chile                   | 6,9                 | 7,3                                 |
| Uruguay                 | 6,9                 | 5,5                                 |
| Costa Rica              | 5,1                 | 4,8                                 |
| Cuba                    | 4,3                 | 4,0                                 |
| El Salvador             | 3,9                 | 3,9                                 |
| Brasilien               | 3,5                 | 3,8                                 |
| Kolumbien               | 3,8                 | 3,5                                 |
| Mexiko                  | 3,6                 | 3,5                                 |
| Panama                  | 3,4                 | 3,4                                 |
| Dominikanische Republik | 3,0                 | 3,1                                 |
| Argentinien             | 2,9                 | 2,9                                 |
| Guatemala               | 3,1                 | 2,7                                 |
| Nicaragua               | 2,5                 | 2,7                                 |
| Bolivien                | 3,0                 | 2,5                                 |
| Venezuela               | 1,9                 | 2,4                                 |
| Honduras                | 2,6                 | 2,3                                 |
| Ecuador                 | 2,0                 | 2,3                                 |
| Paraguay                | 2,4                 | 2,0                                 |

Der freiere politische Wettbewerb war eine weitere Triebkraft für das Aufblühen des Korruptionsthemas. Zwar mag unter Politikern oft Korporationsdenken herrschen, doch sind auf der anderen Seite Fälle des Amtsmissbrauchs eine einmalige Gelegenheit, dem politischen Gegner Schaden zuzufügen. Dies gilt vor allem in einer Zeit, in der politische Ideologien ihre Rolle als Orientierungsmarke verlieren.

Schließlich sind auch die verschiedenen staatlichen Kontrollorgane zu nennen, die Korruption systematisch untersuchen und in diesem Zusammenhang immer wieder neue Fälle ans Tageslicht bringen. Vor allem die Staats-

anwaltschaft – neuerdings auch die Bundespolizei und die Innenrevisionsbehörde – haben durch ihre Untersuchungen zahlreiche Korruptionsfälle ans Licht gebracht.<sup>3</sup> Auch die verstärkten Aktivitäten der zivilgesellschaftlichen Organisationen haben mit dazu beigetragen, dass das Korruptionsthema aus der Boulevardpresse in die Schlagzeilen der Berichterstattung über Politik und Wirtschaft wechselte. Alle genannten Faktoren, die auf Anklage, Aufdeckung und Abstrafen von Korruption ausgerichtet sind, leisten paradoxerweise dem Eindruck Vorschub, dass es mit der Korruption immer mehr überhand nehme.

### 1.1 Der Auftakt

Ein kurzer Rückblick auf die wichtigsten Korruptionsskandale zeigt, dass die ersten Fälle des Amtsmissbrauchs zu privaten Zwecken bereits kurz nach dem Wandel zur Zivilregierung aufgedeckt wurden. Bereits die Regierung des ersten zivilen Präsidenten nach der Militärdiktatur, José Sarney (1985-1999), sah sich in große Skandale verwickelt. Im Jahr 1987 hatte die Zeitung *Folha de São Paulo* aufgedeckt, dass die Ausschreibung des Infrastrukturprojektes “Ferrovia Norte-Sul”, mit einem Auftragswert von 2,5 Mrd. US\$, manipuliert worden war. Es konnte nachgewiesen werden, dass die Gewinner der Ausschreibung bereits vor der Öffnung der Angebote feststanden. Die Konsequenzen dieses Skandals beschränkten sich damals noch auf die bloße Wiederholung der Ausschreibung.<sup>4</sup> Wenig später wurde eine *Lista do Fisiologismo* bekannt, auf der festgelegt war, wie Kongressmitglieder mit der Vergabe von hohen Regierungsämtern für ihre Unterstützung der Bundesregierung entlohnt wurden. Beide Skandale können als Auftakt der öffentlichen Thematisierung der Korruption unter demokratischen Bedingungen gewertet werden, nachdem unter dem autoritären Regime die Diskussion von ähnlichen Themen zuvor noch unterdrückt worden war. Die Zweifel über die politische Moral der neuen zivilen Führung waren schon damals so groß, dass die brasilianische Bischofskonferenz CNBB die Regierung wegen ihres Fehlverhaltens ermahnte.

---

3 Es ist aus der Kriminologie bekannt, dass Korruption ein Untersuchungsdelikt ist. Je systematischer die Untersuchungen, desto mehr Fälle werden aufgedeckt.

4 Der Pressebericht “Feliz aniversário”/Janio de Freitas, *Folha de São Paulo* (17.05.2007) bringt einen Rückblick auf dieses Ereignis 20 Jahre zuvor.

### 1.2 Collorgate als Katalysator für das Korruptionsthema

Diese und andere Skandale in den späten achtziger Jahren heizten das politische Klima so weit auf, dass der Präsidentschaftswahlkampf 1989 bereits sehr stark vom Thema Korruption beherrscht wurde. Der Außenseiterkandidat Collor de Mello nutzte diese Stimmung geschickt aus und versprach, der Korruption und Vetternwirtschaft im Staatsapparat durch ein Privatisierungsprogramm Einhalt zu gebieten. Es sollte sich bald herausstellen, dass seine Regierung in Wirklichkeit eine neue Rekordmarke in Sachen Amtsmissbrauch aufstellte. Collor besetzte Schlüsselpositionen der Verwaltung mit Vertrauensleuten und vergab staatliche Aufträge nur gegen Schmiergeldleistungen, die noch höher waren, als die seiner Amtsvorgänger. Diese Machenschaften wurden von Collors Wahlkampfmanager Paulo Cesar Farias koordiniert, flogen aber auf, als sich die Korruptionsvorwürfe gegen verschiedene Regierungsmitglieder und schließlich gegen den Präsidenten selbst häuften. Eine Untersuchungskommission des Abgeordnetenhauses leitete schließlich ein Amtsenthebungsverfahren gegen Collor ein und der Senat als zuständige Instanz für dieses Verfahren setzte den Präsidenten Ende 1992 ab. Mit der Absetzung Collors war das Korruptionsthema endgültig zu einem der zentralen Themen der brasilianischen Politik geworden, mit dem sich die politischen Parteien auseinandersetzen mussten.

Die Skandale der neunziger Jahre weiteten sich auf den brasilianischen Kongress sowie die Landes- und Gemeinderegierungen aus. Im 1993 folgenden Skandal um den Haushaltsausschuss des Kongresses (*Anões do Orçamento*) wurde aufgedeckt, wie Mitglieder dieses Ausschusses ihre Position dazu missbraucht hatten, Infrastrukturprojekte noch nach der Abstimmung im Plenum einzuschleusen und dafür Geldzahlungen von Unternehmen einstrichen. Im Zuge der Untersuchungen wurden mehrere Schwachstellen im Prozess der Ausarbeitung und Verabschiedung des Haushaltes beseitigt, vor allem die Möglichkeit der Änderung des Haushaltsvorschlags durch einzelne Parlamentarier oder durch Mitglieder der Haushaltskommission. Die Mitglieder des Haushaltsausschusses wurden durch Mandatsverlust abgestraft.

Ein weiterer Skandal, der 1997 aufgedeckt wurde, bezog sich auf die Manipulation mit öffentlichen Schuldverschreibungen, in die die Regierungen von drei Bundesstaaten und drei Städten verstrickt waren.<sup>5</sup> Die jeweiligen Regierungen hatten verfassungswidrig die Verschuldung ausgeweitet,

---

5 Die Bundesstaaten waren Alagoas, Pernambuco und Santa Catarina, die Städte São Paulo, Osasco und Campinas.

die mit dem Verkauf der Schuldtitel betrauten Banken hatten durch Manipulationen Millionengewinne eingestrichen. Der größte politische Skandal unter der Regierung von Präsident Fernando Henrique Cardoso (1995-2002) war eine 1997 aufgedeckte Bestechungsaffäre von Abgeordneten, die Geld erhalten haben sollen, um für die Verfassungsänderung zu stimmen, die die Wiederwahl Cardosos ermöglichte (Rodrigues 1997). Die Arbeiterpartei (*Partido dos Tabalhadores* – PT), damals noch in der Oppositionsrolle, machte die Korruptionsanklage zu einem der wichtigsten Kritikpunkte gegen die Regierung Cardoso. Da der Erfolg des ökonomischen Stabilitätskurses kaum Angriffsfläche bot, kreierte die PT der Regierung vor allem moralisches Fehlverhalten an. In einer Parteipublikation aus dem Jahr 2002 wurden 45 Korruptionsskandale in der achtjährigen Regierungszeit Cardosos aufgelistet.<sup>6</sup>

### 1.3 Korruptionsskandal mensalão und Regierungskrise

Aufgrund dieser Situation waren die moralischen Erwartungen an die 2002 gewählte Regierung Lula sehr hoch. Während sich das Hauptaugenmerk im ersten Amtsjahr vor allem auf den ökonomischen Stabilitätskurs und die neuen Initiativen im sozialen Bereich konzentrierten, kam es zu Anfang des zweiten Amtsjahres erstmals zur Andeutung einer Krise, die die Integrität der Regierung in Frage stellte. Es wurde bekannt, dass Waldomiro Diniz, ein Mitarbeiter im Präsidentialamt, im Wahlkampf 2002 von illegalen Glücksspielunternehmern Wahlkampfspenden erpresst hatte. Im Gegenzug sollen diese bei Regierungsaufträgen begünstigt worden sein. Obgleich sich der Vorfall auf die Zeit vor der Regierungsübernahme Lulas bezog und die Regierung sofort mit der Entlassung des Beraters reagierte, wurde der Skandal in der Presse und von der politischen Opposition breit ausgeschlachtet.<sup>7</sup>

Die eigentliche Krise sollte noch ein Jahr auf sich warten lassen. Im Juni 2005, im dritten Amtsjahr Lulas, kam es zur Aufdeckung des *mensalão*-Skandals. Im Verlauf politischer Auseinandersetzungen innerhalb des Regierungslagers wurde aufgedeckt, dass die Regierungspartei PT Zahlungen an kleinere Koalitionsparteien geleistet hatte, um sich deren politische Unterstützung bei wichtigen Gesetzesvorhaben zu sichern. Während diese Gelder in schwarze Parteikassen flossen, gingen auch regelmäßige Zahlungen an einzelne Kongressabgeordnete dieser Parteien, die diese privat oder zur

6 “O Brasil não esquecerá: 45 escândalos que marcaram o governo FHC”. Liderança do PT na *Camara dos Deputados* (Juli 2002).

7 *Folha online* (<http://www1.folha.uol.com.br/folha/brasil/ult96u58216.shtml>, 22.02.2004).

Wahlkampffinanzierung verwendeten. Die Untersuchungen konzentrierten sich zunächst auf die Empfängerseite der Bestechungsgelder, also auf die betroffenen Parlamentarier aus dem Regierungslager, die monatliche Zahlungen (Taschengelder) von etwa 30.000 Reais eingesteckt hatten. Als auch die Herkunft der Gelder untersucht wurde, gerieten zunehmend zunächst die Regierungspartei und später auch die Regierung selbst unter Druck. Die Herkunft der Gelder brachte verschiedene Regierungsorgane in Schwierigkeiten, denn sie hatten den Unternehmer Marcos Valerio mit millionenschweren Aufträgen finanziert. Zum Teil handelte es sich dabei um Scheinaufträge, die dazu dienten, Staatsgelder in die Parteikassen zu schleusen.

In der Folge kam es in der Postbehörde und in der "Banco do Brasil" zu Entlassungen. Ein Gutteil der Ressourcen war über die Arbeiterpartei PT kanalisiert oder vermittelt worden, wobei der Unternehmer Marcos Valerio eine Schlüsselrolle spielte, da er zusammen mit dem PT-Schatzmeister Silvio Pereira die Gelder besorgte und verteilte. Dieser erste Korruptionsskandal unter Lula sollte sich zum größten politischen Korruptionsskandal seit der Absetzung Collors 1992 entwickeln. Im Verlauf der Aufdeckung mussten der Chefstrategie der Regierung, José Dirceu, und praktisch die ganze Führungsspitze der Arbeiterpartei (Parteichef José Genoino, Generalsekretär Soares, Schatzmeister Pereira) ihren Hut nehmen. Präsident Lula, der bis zu seinem Amtsantritt Ehrenpräsident der Partei gewesen war und dessen Regierungskoalition von dem Bestechungsnetz zusammengehalten worden war, ging aus dem Skandal erstaunlich unbefleckt hervor.

Nach dem *mensalão*-Skandal kam es zu einigen kleineren Skandalen, die den Kongress betrafen. So führte eine Untersuchung der Eingaben brasilianischer Abgeordneter zum Haushaltsgesetz zu der Enthüllung, dass diese Eingaben zu korrupten Geschäften verwendet wurden (*sanguesugas*). Laut brasilianischem Haushaltsgesetz können die Abgeordneten jährlich Haushaltsmittel im Wert von etwa 1 Mio. Euro an öffentlichen Investitionen festlegen. Typischerweise nutzen sie diese Gelder für öffentliche Sozialinvestitionen in ihrem Wahlkreis. Mehrere Abgeordnete benutzten diese Haushaltsgelder, um Gewinne für die eigene Tasche zu erwirtschaften. Die von den Haushaltsgeldern begünstigten öffentlichen Institutionen mussten zu überhöhten Preisen Krankenwagen von einer Firma erwerben, die einen Teil des überhöhten Gewinnes an die Abgeordneten zurückzahlte.

Dieser kurze Rückblick auf Korruptionsskandale seit der Rückkehr zur zivilen Herrschaft illustriert, dass das Thema praktisch ununterbrochen auf der politischen Tagesordnung stand, alle Ebenen des politischen Systems

durchzieht und verschiedenste Formen des Amtsmissbrauchs betrifft. Wenn auch wissenschaftlich kaum präzise zu umschreiben, ist der Korruptions-skandal zu einer wichtigen Kategorie der brasilianischen Politik geworden.

## 2. Die Reaktionen auf die Korruptionsfälle

Wie reagiert der brasilianische Staat – und das heißt vor allem die Elite in Politik und Verwaltung – auf diese Skandale? Es ist sinnvoll, zwischen der Ebene der Sanktionen und der Ebene präventiver Maßnahmen zu unterscheiden. Bei Sanktionen geht es vor allem um die persönliche Verantwortung von Amtsträgern oder Privatpersonen im Zusammenhang mit Korruptionsverbrechen in der Vergangenheit. Beim Thema Prävention geht es um Reformen zur Vorbeugung gegen Korruption. Die öffentliche Aufmerksamkeit konzentriert sich weitgehend auf die bescheidenen Erfolge auf der ersten Ebene. Bei genauem Hinsehen zeichnen sich jedoch schrittweise Veränderungen im präventiven Bereich ab, die nachhaltige Wirkung haben dürften.

### 2.1 Sanktionen

Die brasilianische Öffentlichkeit nimmt immer wieder wahr, dass Untersuchungen von Skandalen im Sande verlaufen. Wenn es um persönliche Verantwortung von Mitgliedern der politischen und wirtschaftlichen Elite geht, tut sich Brasilien immer noch schwer damit, Strafen zu verhängen. Die politischen Amtsträger schützen sich durch formelle und informelle Mechanismen vor Untersuchungen und eventuellen Sanktionen von Fällen des Amtsmissbrauchs. Bestimmte Amtsträger genießen Vorrechte bei der Justiz, die *de facto* Straffreiheit garantieren. So können Präsidenten, Minister, Gouverneure, Senatoren, Abgeordnete, höhere Richter, Botschafter und Mitglieder des Rechnungshofes nicht von einfachen Richtern, sondern nur vom brasilianischen Bundes- und Verfassungsgericht (*Supremo Tribunal Federal*) verurteilt werden. Eine weitere lange Liste von Amtsträgern kann nur vom Obersten Bundesgericht (*Supremo Tribunal de Justiça*) belangt werden. In diesen beiden Instanzen ist der Prozessstau besonders akut und Urteile werden oft erst nach Jahren gefällt. Außerdem ist die Möglichkeit informeller politischer Einflussnahme auf diese Gerichte groß, da die Richter beider Institutionen vom Präsidenten ernannt werden.<sup>8</sup> Auch andere Schutzmecha-

---

8 Eine Studie der Brasilianischen Juristenvereinigung AMB untermauert diesen Eindruck. Von 1988 bis 2007 wurden 130 Fälle vor das STF und 483 Fälle vor das STJ gebracht. Das STF hat nur sechs Urteile gesprochen – alle auf Freisprechung. Der STJ brachte es



nismen, beispielsweise die parlamentarische Immunität, die in Brasilien eine sehr weite Auslegung genießt, schützen Senatoren und Abgeordnete auf Bundes- und Landesebene vor Strafverfolgung. Wenn man den Werdegang von brasilianischen Politikern verfolgt, so ist erstaunlich, wie viele von ihnen in mehrere Prozesse vor Gerichten verstrickt sind oder auch sonst offensichtlich die Gesetze missachten. In vielen Bundesstaaten sind zwischen einem Drittel und der Hälfte aller Abgeordneten in solche Fälle verwickelt.<sup>9</sup>

Die wirtschaftliche Elite schützt sich vor Strafverfolgung vor allem mittels langen Verschleppens von Prozessen. Mit teuren Anwälten ist es in Brasilien immer noch möglich, ein Gerichtsverfahren praktisch endlos hinauszuzögern. Auch helfen die engen Verflechtungen in höheren Gesellschaftszirkeln sowie Schmiergeldzahlungen, um Untersuchungen oder Verfahren auszubremsen. Der letzte Ausweg, um der Strafverfolgung zu entgehen, ist schließlich die Flucht ins Ausland. Die materielle Verantwortung wird oft auch dadurch abgewendet, dass dunkle Geschäfte entweder über Strohmänner (*laranjas*) abgewickelt werden oder der Besitz an Familienmitglieder überschrieben oder ins Ausland transferiert wird. In jedem Fall ist die Justiz meist erst einmal machtlos und braucht Jahre, um Ansprüche einzuklagen. Nur in wenigen Fällen kam es zur Auslieferung von Angeklagten.<sup>10</sup>

Der Rechtsweg erweist sich als langwierig und aufgrund von Verschleppungstaktiken als nur sehr begrenzt wirksames Instrument gegen Amtsmissbrauch. Schaut man genauer hin, so hat sich auf der Ebene der politischen Strafen, also des Verlusts von Amt und Ansehen in Reaktion auf den Druck der Öffentlichkeit, wohl am meisten getan. Hier hat vor allem der öffentliche Sinneswandel – mehr als jede andere Veränderung – seine Spuren hinterlassen. Kommt es zur Aufdeckung dubioser Geschäfte, so reagieren Regierung und Parlamentarier immer wieder mit vorzeitigem Rücktritt, meist um nach wenigen Jahren wieder aus der Versenkung aufzutauchen.

Die Hebelwirkung der öffentlichen Meinung hat wohl schon beim ersten großen Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Collor eine entscheidende

---

auf 16 Urteile, von denen 11 auf Freisprechung lauteten (*Estado de Sao Paulo* (06.07.2007): Mariângela Gallucci, Estudo revela que é rara punição de autoridades.)

9 Siehe Website (<<http://www.excelencias.org.br>>; 25.06.2009) zu einer Zusammenstellung der gegen brasilianische Volksvertreter anhängigen Prozesse.

10 Einer der bekanntesten Fälle ist die Flucht des Bankiers Salvatore Cacciola, der 2005 von einem brasilianischen Gericht wegen krimineller Machenschaften seiner Bank Marka während der Währungskrise 1999 verurteilt wurde. Er floh nach Italien und wurde erst 2008 aufgrund seiner Einreise ins Fürstentum Monaco von den dortigen Justizbehörden an Brasilien ausgeliefert.

Rolle gespielt. Damals gingen Tausende auf die Strasse und setzten damit die Abgeordneten unter Handlungszwang. Weitere Beispiele für den spontanen Rücktritt hoher Amtsträger auf Druck der öffentlichen Meinung sind der Rücktritt von zwei Abgeordneten im Fall des Stimmenkaufs zur Widerwahl im Jahr 1997; der Senatoren Antonio Carlos Magalhaes und Joao Arruda im Fall der Verletzung des Abstimmungsgeheimnisses im Senat im Jahr 2001; des Senatspräsidenten Jader Barbalho im Fall des Abschöpfens staatlicher Zuschüsse für private Geschäfte wenig später im selben Jahr; von vier Abgeordneten in den ersten Wochen des *mensalão*-Skandals im Jahr 2005 und des Präsidenten des Abgeordnetenhauses Severino Cavalcanti wegen einer Bestechungsaffäre im selben Jahr. Der Rücktritt von Senatspräsident Renan Calheiros im Dezember 2007, der nach einer Reihe von Anklagen wegen Unterhaltszahlungen von einem Lobbyisten, Steuerhinterziehung, unerlaubter Miteigentümerschaft an einem Radiosender und Vermittlung von Vorteilen für eine Brauerei von seinen Senatskollegen gleich zweimal hintereinander freigesprochen worden war, ist nur über den Druck von Presse und Öffentlichkeit zu erklären.

Ein entscheidendes Manko des öffentlichen Drucks ist seine Kurzlebigkeit. Noch inmitten der Krise wurde den beiden Hauptfiguren, Jefferson Pereira (*Partido Democrático Trabalhista* – PDT) und José Dirceu (PT), das Mandat im September bzw. Dezember 2006 aberkannt. Im März 2006 verlor mit Pedro Correa ein dritter Abgeordneter seinen Parlamentssitz. Als sich die Untersuchung des *mensalão*-Skandals bereits bis Dezember desselben Jahres hinzog, wurden die restlichen zwölf Abgeordneten sukzessive im Plenarsaal von ihren Kollegen von allen Vorwürfen freigesprochen. Der öffentliche Druck reichte nun nicht mehr aus, um konsistentes Verhalten einzufordern.

## 2.2 Prävention

Die zweite Ebene der Maßnahmen gegen Korruption ist präventiver Natur. Es handelt sich hier um Veränderungen im politisch institutionellen Gefüge, durch die sich das Risiko von Korruptionsfällen in der Zukunft vermindert oder erhöht. Dazu gehören vor allem Veränderungen in besonders korruptionsanfälligen Bereichen wie der staatlichen Auftragsvergabe, dem öffentlichen Dienst, dem Haushaltszyklus oder der Partei- und Wahlfinanzierung. Neben diesen Feldern, die wegen ihrer Risikoanfälligkeit besondere Aufmerksamkeit verdienen, stehen auch die verschiedenen Kontrollinstanzen, die Korruptionsfälle aufdecken, untersuchen und abstrafen sollen, im Rampenlicht, wenn es um Prävention geht.

### 2.2.1 Das langsame Durchsickern der Transparenzidee vom Bund bis in die Kommunen

Im Bereich dieser institutionellen Rahmenbedingungen zur Korruptionsvermeidung weist Brasilien sehr unterschiedliche Bedingungen auf. Der Regierungsapparat auf Bundesebene ist wesentlich transparenter als in der Vergangenheit. Detaillierte Daten über öffentliche Mittelverwendung, Auftragsvergabe an den Privatsektor, Mitteltransfer an Länder und Gemeinden oder Zuschüsse an gemeinnützige Einrichtungen, an die sich in der Vergangenheit immer wieder Skandale knüpften, sind heute weitgehend über das Internet verfügbar. Auch der Kongress veröffentlicht Informationen über die Anwesenheit, das Abstimmungsverhalten, Gesetzesinitiativen, aber auch die Mittelverwendung von Abgeordneten in seinem Webauftritt. Die Debatten werden zum Teil ebenfalls im Fernsehen übertragen, wo je ein Kanal ausschließlich für den Senat bzw. für das Abgeordnetenhaus zur Verfügung steht. Weniger transparent ist oft noch die Justiz. Obgleich der Prozessstau immer wieder in Einzeluntersuchungen dokumentiert wird, ist die erste Instanz der Justiz vom Zeitalter der elektronischen Datenverarbeitung und damit auch vernünftiger interner oder externer Kontrollmechanismen noch weit entfernt. So sind einfachste Statistiken wie beispielsweise über die Zahl der Fälle, die vor Landes- oder Bundesgerichte gebracht wurden, bisher schlicht nicht verfügbar. Bis zur Transparenz ist es hier noch ein weiter Weg. Allerdings ist die jüngste Einrichtung von Kontrollorganen für Richter und Staatsanwälte, die Disziplinarstrafen verhängen können.<sup>11</sup> Es gibt auf Bundesebene in dieser Hinsicht ein enormes Innovationspotential und auch entsprechende Mittel und Kapazität zur Durchsetzung, wenn denn der politische Wille da ist. Auf Länder- und Kommunalebene ist das Bild durchmischt. Während einige sich ebenfalls modernisieren, bilden andere das Schlusslicht. Gerade auf Kommunalebene sind die Verwaltungsstrukturen oft prekär und die Kontrollmechanismen nur sehr schwach ausgebildet. Hier fehlt es oft an politischem Willen, an der technischen Kapazität und an Ressourcen, um Veränderungen in Gang zu setzen.

---

11 Die beiden Aufsichtsorgane *Conselho Nacional de Justiça* und *Conselho Nacional do Ministério Público* wurden 2004 durch eine Verfassungsänderung ins Leben gerufen.

### 2.2.2 Mehr Effizienz bei öffentlichen Anschaffungen, bleibende Mängel bei Großaufträgen

Fortschritte gab es vor allem im Bereich des öffentlichen Auftragswesens, das in vieler Hinsicht modernisiert wurde. Bereits 1993 führte Brasilien eine moderne Ausschreibungsgesetzgebung ein, die mehr Wettbewerb in die Ausschreibungen gebracht hat. Gerade der Markt der großen staatlichen Infrastrukturprojekte wurde damit auch für Bauunternehmen mittlerer Größe zugänglich.<sup>12</sup> Auch wenn sich die rechtlichen Rahmenbedingungen für formellen Wettbewerb mit dem für alle Verwaltungsebenen gültigen neuen Gesetz verbessert haben, sind in der Praxis zahlreiche Missbrauchsmöglichkeiten von der Ausschreibungsform über die Zuschlagserteilung bis hin zur Abnahme und Zahlung der Leistungen vorhanden. Oft umgeht die Verwaltung schlicht die Ausschreibungspflicht mit dem Argument der Dringlichkeit der Beschaffung.<sup>13</sup>

Eine der wichtigsten Neuerungen in jüngerer Zeit ist die verstärkte Nutzung moderner Informationstechnologien, um das Beschaffungswesen transparenter und wettbewerbsorientierter zu gestalten. So wurden seit 1995 die Ausschreibungen im Bundesanzeiger (*Diário Oficial da União*) ausgeschrieben und seit 1997 in einem eigenen Kanal im Netz publiziert (*Portal de Compras*). Seit 2000 werden Ausschreibungen nach einem umgekehrten Versteigerungsverfahren, seit 2001 auch über das Internet abgewickelt. Diese Vergabemodalität hatte eine rasche Ausweitung erfahren und wurde 2005 für die ganze Bundesverwaltung als Regel eingerichtet, deren Aussetzung nur gegen entsprechende Begründung möglich ist.<sup>14</sup> Allerdings findet die umgekehrte Versteigerung bei Großaufträgen und Infrastrukturanlagen keine Anwendung. Dort grassiert das Geschäft des privaten Schmiergeldes und der politischen Spenden immer noch.

---

12 Nur sieben Unternehmen kontrollierten noch vor 1993 70% der öffentlichen Bauaufträge (Weber Abramo/Ribeiro Capobianco 2004: 75).

13 Erhebungen zeigen, dass 2002 von einem Gesamtauftragsvolumen der Bundesverwaltung von 15 Mrd. Reais allein 47% des Volumens freihändig von der Verwaltung vergeben wurden (Ministério do Planejamento, Orçamento e Gestão 2002).

14 Im Jahr 2004 wurden Anschaffungen der Bundesverwaltungen im Wert von 8 Mrd. (bei einem Gesamtwert von etwa 15 Mrd. Reais) über diese umgekehrte Versteigerung abgewickelt. Etwa 15% davon wurden über das Internet abgewickelt, der Rest als präsenzielle Versteigerung (<[http://www.politicavoz.com.br/gestaopublica/artigo\\_04.asp](http://www.politicavoz.com.br/gestaopublica/artigo_04.asp)>; 25.06.2009).

### 2.2.3 Kontrolle der Politiker durch die Bürger oder durch Parteispender?

Im Zusammenhang mit der Korruptionsanfälligkeit werden auch immer wieder Mängel im Wahl- und Repräsentationssystem dafür verantwortlich gemacht, dass die Grenzen zwischen Politik und Geschäft in Brasilien sehr fließend sind. Geschäftsleute unterhalten über die Finanzierung von Wahlen und Parteien sehr enge Beziehungen zur Politik. Auf der anderen Seite verstehen viele Politiker ihr Amt jedoch auch als Geschäft, das möglichst hohe Erträge einbringen sollte.

Das heute bestehende System der Politikfinanzierung wurde nach den Skandalen Anfang der 1990er Jahre eingerichtet. Es basiert darauf, dass private Spenden – Unternehmen mit einbegriffen – praktisch ohne Obergrenzen zugelassen sind. Die private Wahlfinanzierung eines kompletten Wahlzyklus (Bundes-, Landes- und Gemeindewahlen) beläuft sich in Brasilien nach offiziellen Angaben auf etwa 2,4 Mrd. Reais. Zusätzlich erhalten die brasilianischen Parteien vom Staat noch beachtliche Mittel, zusammen etwa 150 Mio. Reais pro Jahr. Sie machen über eine Legislaturperiode nur einen Bruchteil der privaten Spenden aus, werden aber ergänzt durch die indirekte Unterstützung in Form kostenlosen Zugangs zu den Medien. Der wiederum wäre rund 4,6 Mrd. Reais wert, müssten die Parteien den tatsächlichen Marktwert für die Fernsehwerbespots zahlen. Politik ist in Brasilien also ein teures Geschäft und bringt viele Kandidaten ins Schlepptau weniger Großspender. Die gewählten Abgeordneten auf Bundes- und Landesebene hängen im Durchschnitt zu 30% bzw. 50% von ihrem wichtigsten privaten Spender ab (Instituto Ethos 2008: 18). Dieses Finanzierungsmodell weist offensichtlich immer noch Lücken auf, denn einerseits institutionalisiert es den Einfluss der Wirtschaft auf die Politik in einer Weise, die mit der Idee einer *Volksvertretung* nur schwer zu vereinbaren ist. Zum anderen garantiert es noch nicht die versprochene Transparenz als Mindestbedingung für die freizügige Spendenregelung. Allzu oft wird aufgedeckt, dass Wahlkampf- oder Parteispenden nicht in die Berichte aufgenommen werden.

Die meisten Politikwissenschaftler sind sich einig, dass der brasilianische Wahlbürger seine Rolle, Politiker für ihr Verhalten abzustrafen oder zu entlohnen, nicht ernsthaft ausüben kann. Verantwortlich dafür ist das Wahlsystem, das eine sehr große Zahl von Kandidaten zulässt und deshalb eine auf Informationen über diese Kandidaten basierende Wahl praktisch unmög-

lich macht. Auch die Partei hat nur sehr beschränkt Kontrolle über die Kandidaten.<sup>15</sup>

#### 2.2.4 Rechnungsprüfung durch Innenrevision und Rechnungshöfe

Allerdings hat die Regierung im Bereich der Präventivmaßnahmen mehrere Initiativen gestartet, um weiteren Korruptionsfällen vorzubeugen. Erstens wurde die *Contraloria Geral da Republica* (CGU), eine zentrale Behörde zur Innenrevision des Regierungsapparates, entscheidend ausgebaut und direkt dem Präsidenten unterstellt. Ihr untersteht nun die Rechnungsprüfung aller Bundesorgane. Sie hat damit mehr Macht und Unabhängigkeit als die auf verschiedene Ministerien verstreute Innenrevision. Einer der Hauptschwerpunkte der Kontrollaktivitäten der CGU liegt im Bereich der Mittel, die an Länder und Gemeinden transferiert werden. Ein beträchtlicher Teil des Bundeshaushaltes fließt als Transferzahlung an Länder und Gemeinden. Die Korruptionsprobleme auf dieser Ebene sind aufgrund mangelnder Verwaltungserfahrung und schwacher Kontrolle tatsächlich erheblich. Die CGU hat bereits im ersten Jahr regelmäßige Stichprobenprüfungen in den Kommunen durchgeführt, in deren Verlauf die Verwendung der Bundesmittel vor Ort geprüft wird. Das Programm ist weitgehend gegen politischen Missbrauch geschützt, da alle zwei Monate jeweils 50 Kommunen nach Zufallsprinzip ausgewählt werden. Dennoch ist nicht zu übersehen, dass dieses Programm die Frage der Korruption in den Bundesbehörden elegant umgangen hat. Damit wird ein Kräfteressen mit den anderen Ministerien, die theoretisch ebenfalls dieser Kontrollbehörde unterstellt sind, vermieden.

Die Rechnungshöfe in Brasilien sind ein zweiter Bereich, in dem strukturelle Defizite bereits seit Langem bekannt sind und diskutiert werden. Eines der großen Mankos ist die mangelnde politische Unabhängigkeit dieser Institutionen, deren kollegiale Führungsspitze von ehemaligen Politikern besetzt wird (Melo/Figueiredo/Pereira 2009). Auch wenn sich die technische Kapazität der Organe verbessert hat, ist doch die Wirkung der Rechnungshöfe sehr begrenzt. Viele der von ihnen verhängten administrativen Strafen werden nicht vollzogen, weil die Urteile vor Gericht angefochten werden. Oft dauert es mehr als ein Jahrzehnt, bis es zu einem rechtskräftigen Urteil kommt.

Auf Bundesebene hat deshalb der Rechnungshof in den letzten Jahren auf Strafmodalitäten zurückgegriffen, die keine Zusammenarbeit mit ande-

---

15 Zu diesem Kritikpunkt D'Alva Gil Kinzo (2004), 19, 54, S. 24-41 und Speck (2005).

ren Institutionen voraussetzen. Dazu gehört die Zurückhaltung von Ressourcen an Regierungsprojekte, die schwere Durchführungsmängel aufweisen. Amtsträgern, denen Verfehlungen vorgeworfen wurden, droht der Ausschluss von Führungs- oder politischen Vertrauensämtern. Auch der Ausschluss von Unternehmen von Ausschreibungen hat sich als probates Mittel erwiesen, um weitere Verfehlungen von schwarzen Schafen zu verhindern.

#### 2.2.5 *Die Bundespolizei macht gegenüber der Elite keine Ausnahme mehr*

Eine Initiative besteht im Ausbau der Bundespolizei und der Intensivierung von Untersuchungen, die sich auf Wirtschaftskriminalität, Drogenhandel und Schädigung des Bundesvermögens richten. Die Bundespolizei wurde unter der Regierung Lula um ein Viertel vergrößert. Auch wurden moderne kriminalistische Untersuchungsmethoden eingeführt. Neben der Ausweitung der Zahl der Untersuchungen kam es auch zu einer neuen Zielrichtung der Ermittlungen, die nun nicht mehr vor den Repräsentanten der politischen und ökonomischen Elite des Landes Halt macht. So gerieten erstmals in spektakulären Aktionen illegale Devisenhändler (*doleiros*) und ihre Kunden, die korrupte Gewinne ins Ausland schmuggeln, ins Visier der Strafverfolgung. Auch wurden Richter, Staatsanwälte und Politiker überprüft und dadurch zahlreiche Korruptionsfälle aufgedeckt, in die höchste Vertreter der brasilianischen Bundesverwaltung verstrickt sind. So führte eine Untersuchung von manipulierten Ausschreibungen in neun Bundesstaaten (*Operação Navalha*) zur Festnahme von 48 Personen, darunter auch Unternehmer, Bürgermeister, Landesabgeordnete und ehemalige Abgeordnete. Sie hatten alle zusammengezwirkt, um dem Unternehmen Gautama überteuerte öffentliche Aufträge zu besorgen und dabei Einflussnetze bis tief in die öffentliche Verwaltung hinein aufgebaut.

Mit diesen und zahlreichen ähnlichen Untersuchungen versuchte die Regierung Lula ein Zeichen zu setzen, dass sie es mit der Bekämpfung der Korruption ernst meint und auch vor den Vertretern der politischen Elite nicht Halt macht. Die spektakulären Festnahmen haben allerdings oft nur vordergründige Wirksamkeit. Allzu oft verfügen die Verdächtigen über einflussreiche Kontakte auf politischer Ebene und können sich auf die langsamen Mühlen der brasilianischen Justiz verlassen.

## 1. Die Aktivitäten der Zivilgesellschaft

Außer den staatlichen Kontrollorganen, die der horizontalen Kontrolle zugeordnet werden, spielt auch die Kontrolle von unten, also aus der Gesellschaft, eine zentrale Rolle. Wichtige Akteure sind hierbei die Presse, die politischen Parteien und zivilgesellschaftliche Initiativen. Letztere haben in den vergangenen Jahrzehnten in Brasilien bedeutend an Gewicht zugenommen.

Eine der ältesten Organisationen auf diesem Gebiet ist INESC (*Instituto de Estudos Socioeconômicos*, seit 1979), das vor allem das Instrument des Haushalts nutzt, um die Bürgerpartizipation zu stärken.<sup>16</sup> Die Institution verfolgt den Haushaltszyklus auf Bundesebene, übersetzt das Haushaltsrecht und die Ausgabenpolitik in eine dem Bürger zugängliche Sprache und bietet Kurse für andere zivilgesellschaftliche Organisationen auf diesem Gebiet an.<sup>17</sup> Heute hat sich das Feld der Organisationen, die sich mit dem Haushalt beschäftigen, erheblich erweitert. Viele sind im *Forum Brasileiro de Orçamento* zusammengeschlossen. Das INESC ist jedoch weiterhin die wichtigste Anlaufstelle als unabhängiger *Think Tank* auf diesem Gebiet, zudem Fachwissen normalerweise im Planungsministerium und im Haushaltsausschuss des Kongresses konzentriert ist.

Ein weiteres Handlungsfeld für die Kontrolle von Unten ist der Hintergrundcheck von Kandidaten und Politikern in Brasilien und das Zur-Verfügungstellen dieser Information an die Bürger. Bereits während der Redemokratisierung haben die brasilianischen Gewerkschaften das DIAP (*Departamento Intersindical de Assessoria Parlamentar*) eingerichtet, das über das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten unterrichten und die Lobbyarbeit im Kongress stärken sollte. Hat diese Initiative noch einen eindeutig politischen Einschlag, so richten andere Institutionen heute das Augenmerk auf politisch neutrale Themen wie Anwesenheit, Mitwirkung am Gesetzgebungsprozess, Verwendung der Zuschüsse für das Abgeordnetenbüro, die private Vermögenserklärung oder anhängige Prozesse bei der Justiz. Wichtige Organisationen, die sich in diesem Bereich profiliert haben, sind *Transparencia Brasil*, die seit 2006 im Projekt "Excelencias" verschiedene offizielle Informationen zu den Amtsträgern zusammenträgt oder die *Associação dos Magistrados Brasileiros*, die 2008 eine Liste der Kandidaten

---

16 Mehr Informationen unter <<http://www.inesc.org.br>>.

17 Mit der Publikationsreihe *Notas Técnicas* informiert das Institut über die Haushaltsgesetzgebung.



erstellt, die Prozesse bei der Justiz anhängig haben.<sup>18</sup> Dazu kommen viele lokale Initiativen, die ebenfalls ein genaueres Auge auf das Amtsgebaren der Volksvertreter haben.<sup>19</sup>

Auch auf der lokalen Ebene der Politik hat Brasiliens Zivilgesellschaft viel Erfahrung gesammelt und verfügt bereits über ein dichtes Netz von Organisationen, welche das Gebaren von Bürgermeister und Kommunalräten kritisch mitverfolgen. Einer der Knotenpunkte dieses Netzwerkes ist die Nichtregierungsorganisation *Amarribo*, an die mehr als 100 ähnliche Initiativen in verschiedenen Kommunen in Brasilien angeschlossen sind.<sup>20</sup> Sie richten ihr Augenmerk vor allem auf einen möglichen Amtsmissbrauch durch die Bürgermeister. In zahlreichen Fällen haben Amtsenthebungsverfahren bereits Erfolg gezeigt. Die Organisation *Instituto Federal de Controle*, in der sich vor allem Rechnungsprüfer zusammengeschlossen haben, unterstützt diese Initiative mittels Aufklärungskampagnen vor Ort.<sup>21</sup> Ebenfalls auf Kommunalebene aktiv ist das MCCE (*Movimento Contra a Corrupção Eleitoral*), ebenfalls ein Netzwerk vieler lokaler Organisationen, die vor allem dem Stimmenkauf und dem Missbrauch des Regierungsapparats bei Wahlen Einhalt gebieten.<sup>22</sup> Die Organisation geht auf eine erfolgreiche Unterschriftenkampagne zurück, mittels derer 1999 das Wahlrecht geändert wurde, um das Abstrafen von Stimmenkauf zu erleichtern. In der Folge haben sich Richter, Staatsanwälte und Bürger zusammengeschlossen, um die Umsetzung dieser neuen Regelung zu unterstützen.

---

18 Mehr Informationen unter <<http://www.excelencias.org.br>> und <<http://www.amb.com.br>>.

19 So etwa *Voto Consciente* <<http://www.votoconsciente.org.br>> und das *Instituto Ágora* <<http://www.agora.org.br>>.

20 *Amarribo* steht für *Associação dos Amigos de Riberão Bonito*, eine Piloterfahrung in einer kleinen Stadt im Hinterland des Bundesstaates São Paulo, die bald in vielen anderen Landesteilen Nachahmung fand. Siehe <<http://www.amarribo.org.br>> und <<http://www.redecontosocial.org.br>>.

21 Siehe dazu <<http://www.ifc.org.br>> und das Projekt <<http://www.adoteumunicipio.org.br>>.

22 Siehe <<http://www.mcce.org.br>>.

## 2. Bilanz und Ausblick

Abgesehen von den eben erwähnten haben auch andere Organisationen in Brasilien in bestimmten Themenfeldern Kompetenz aufgebaut und entscheidend zur Aufklärung der Öffentlichkeit beigetragen. Dennoch erreichen sie eher die gebildete Mittel- und Oberschicht. Die Unterklasse nimmt oft den Zusammenhang zwischen Korruption und Entwicklungsproblemen nicht wahr.

Dennoch hat das Thema der Korruption nicht nur den politischen Diskurs, sondern auch die Werthierarchie und die politische Praxis verändert. Die Entdeckung des Korruptionsthemas in Brasilien geht auf Schwachstellen im politisch-administrativen System und eine tief verwurzelte politisch-administrative Kultur, aber auch freieren politischen Wettbewerb und veränderte Erwartungen an die politische und wirtschaftliche Elite zurück. Diese schlachtete die neue Situation anfänglich vor allem rhetorisch aus, was im Fall Collors sichtbar wurde. Die politischen Amtsträger haben aber auch verstanden, dass Korruptionsskandale einer der größten Risikofaktoren für das politische Überleben sein können. Sie haben deshalb schrittweise Innovationen in Bereichen eingeführt, in denen keine politischen Konfrontationen zu erwarten waren. In manchen Bereichen, wie der Reform der Repräsentationsmodells und der Politikfinanzierung, in denen mächtige Wirtschaftsinteressen berührt werden, sind Reformen bisher immer wieder aufgeschoben worden. Ähnliches gilt auch für die Modernisierung des Rechtswesens und des Justizsystems, denn eine klassenübergreifende Anwendung des Rechts käme in Brasilien auch heute noch einer Revolution gleich.

## Literaturverzeichnis

- D'Alva Gil Kinzo, Maria (2004): "Partidos, eleições e democracia no Brasil pós-85". In: *Revista Brasileira de Ciências Sociais*, 19, 54, S. 23-41.
- Instituto Ethos (2008): *A responsabilidade social das empresas no processo eleitoral. Edição 2008* (redação Bruno Wilhelm Speck, com a colaboração de Adla Bourdoukan e Fernão Lima). São Paulo: Instituto Ethos.
- Melo, Marcus André/Figueiredo, Carlos Mauricio/Pereira, Carlos (2009): "Political and Institutional Checks on Corruption: Explaining the Performance of Brazilian Audit Institutions". In: *Comparative Political Studies*, 42, 9, S. 1217-1244.
- Ministério do Planejamento, Orçamento e Gestão. Secretaria de Logística e Tecnologia da Informação (2002): *Despesas de custeio e licitações – governo federal: período de 1995/2002*. Brasília: Ministério do Planejamento, Orçamento e Gestão.

- Rodrigues, Fernando (1997): “Deputado diz que vendeu seu voto a favor da reeleição por R\$ 200 mil”. In: *Folha de São Paulo* (13.05.1997).
- Speck, Bruno Wilhelm (2005): *Die Kommunalwahlen im Oktober 2004 in Brasilien – Gradmesser für die Befindlichkeit der Demokratie* (Ibero-Analysen, 15). Berlin: Ibero-Amerikanisches Institut.
- Weber Abramo, Claudio/Ribeiro Capobianco, Eduardo (2004): “Licitaciones y contratos publicos. El caso de Brasil”. In: *Nueva Sociedad*, 194, S. 75.
- World Bank (1997): *Helping Countries Combat Corruption: The Role of the World Bank, Poverty Reduction and Economic Management*. Washington, D.C.: The World Bank.